

# DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Sachsen-Anhalt • www.die-linke.de

## Frieden

**Abrüsten!  
Waffenexporte  
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

### Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

### Ein Preis für den Frieden

Bürgerinitiative protestiert gegen militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger-Heide. **Seite 7**

### Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

### Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

### Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



### Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

### Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

### Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

**Gute Gewinne sind möglich**

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**



Interview Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

## Gerechtigkeit ist wählbar!

### Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs



Gutes Leben für alle: Bauhaus in Dessau

## Politik für Ostdeutschland

Wer selbstbewusst Politik für Ostdeutschland macht, darf über Probleme nicht schweigen. Denn so viel bereits erreicht wurde, so viel bleibt noch zu tun. Bei der Lohnentwicklung, bei der Rentenangleichung, bei der Betroffenheit von Armut und Arbeitslosigkeit – die neuen Länder hinken der Entwicklung der Westländer hinterher. Aus dem Kahlschlag der 1990er resultieren auch drei Jahrzehnte danach schwierige Rahmenbedingungen. Deshalb ist Ostpolitik der LINKEN kein Blick zurück,

sondern die Vertretung ostdeutscher Interessen für heute und morgen. Nur 1,7 Prozent der gesamten deutschen Führungskräfte sind Ostdeutsche. Um junge Menschen in Sachsen-Anhalt zu halten, brauchen wir gute Löhne und Karrierechancen, eine exzellente Struktur öffentlicher Dienstleistungen, kulturelle Vielfalt und Offenheit. DIE LINKE hat mit der Durchsetzung des Mindestlohnes immer auch die Kritik an der unsäglichen Niedriglohnkultur verbunden. Nur rund 100 Mandate des jetzigen

630-köpfigen Bundestages wurden in Ostdeutschland gewählt. Es kommt also bei der kommenden Bundestagswahl im September auf jede Stimme an – für den Osten und für DIE LINKE. Wir kämpfen für das Ende der Spaltung Deutschlands in Ost und West, für die Anerkennung ostdeutscher Lebenswege und für die Förderung Ostdeutschlands und anderer strukturschwacher Regionen. Mit Beharrlichkeit und Selbstbewusstsein – seit 27 Jahren. **Mehr aus Sachsen-Anhalt auf den Seiten 5 bis 8**



Katja Kipping und Bernd Riexinger

### Liebe Wählerinnen und Wähler,

*DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.*

*Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE*

# Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

**Familien** soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

**Alleinerziehende** tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

**Erwerbstätige** sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

**Erwerbslose** brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

**Mieterinnen und Mieter** sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

**Rentnerinnen und Rentner** hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

**Pflegekräfte** sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

**Studierende** sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: [www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm](http://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm)

## Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

**DIE LINKE will**  
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken  
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen  
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken  
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial vertraglich umbauen.

# »Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

## Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

**Sahra Wagenknecht:** Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

## Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

**Wagenknecht:** In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

**Dietmar Bartsch:** Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

## Worin besteht dieser?

**Bartsch:** Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

## Wie kann das gelingen?

**Wagenknecht:** Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

**Bartsch:** Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

**Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...**

**Bartsch:** ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

**Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?**

**Wagenknecht:** Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

**Bartsch:** Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«  
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

**Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?**

**Wagenknecht:** Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

**Bartsch:** Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

**Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?**

**Bartsch:** Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

**Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?**

**Wagenknecht:** DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

**Bartsch:** Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



**Dietmar Bartsch,** geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



**Sahra Wagenknecht,** geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

## Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



## Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

# »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

**Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren.** »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

**Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll:** Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

**Der Mann wird einfach noch gebraucht.** In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

**DIE LINKE will**  
 ■ die EU neu starten: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



## Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

**DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden.** »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.



Ist eine leidenschaftliche Fahrradfahrerin: Petra Sitte

Nancy Gier

## Mit Rad und Tat

Petra Sitte will für Halle (Saale) in den Bundestag

Teilstrecken zwischen ihrem Wohnort Halle (Saale) und ihrem Arbeitsort Berlin soll Petra Sitte auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen. Aber im Prinzip radelt sie durchs Leben. Bis zu 6 000 Kilometer im Jahr. Das übt für die Politik. Es stärkt das Rückgrat, befördert die Ausdauer, und als Ausreißer bringt man andere auch mal dazu, einem zu folgen. So wie beim Mindestlohn, für den sich DIE LINKE über Jahre konsequent eingesetzt und den sich die SPD, die ihn lange Zeit partout nicht wollte, dann auf ihre Fahne geschrieben hat.

Petra Sitte kam 1960 in Dresden zur Welt, hat in Halle (Saale) studiert und promoviert und ist der Stadt danach treu geblieben. Insgesamt dreimal ist sie inzwischen in den Bundestag gewählt worden, zum vierten Mal tritt sie als Spitzenkandidatin ihres Landesverbandes an. Nie aber hat sie ihren Wahlkreis Halle (Saale) aus den Augen verloren und hat

dessen Interessen immer auch in Berlin vertreten. Bekannt ist sie für ihr fröhliches, ausgeglichenes Wesen. Aber Petra Sitte kann auch fuchsteufelwild werden. **Ungerechtigkeit, Ausgrenzung, Intoleranz und unverantwortliches Säbelgerassel bringen sie auf die Palme.**

Besonders wichtig ist ihr, was an den Hochschulen und Universitäten ihrer Wahlheimat passiert. Wird Halle als Kulturhauptstadt Sachsen-Anhalts bezeichnet, freut sie sich, verfügt die Stadt doch über ein vielfältiges Angebot an kulturellen Einrichtungen. Damit das so bleibt, unterstützt Petra Sitte nicht nur den Kunstverein Talstrasse, das Künstlerhaus 188 und das Kinder- und Jugendhaus in Halle, sondern auch die Willi-Sitte-Galerie in Merseburg. Stadtbekannt ist ihr Einsatz für das Technologie- und Gründungszentrum Weinberg Campus. Mit ihrem Fachwissen

in der Forschungs-, Technologie-, Wissenschafts- und Netzpolitik hat sich Petra Sitte weit über ihre eigene Fraktion hinaus im Bundestag einen sehr guten Namen gemacht. Ebenso hoch geschätzt wird sie als Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. Da hat sie als eine Art Stabschefin sowohl die Verantwortung für 64 Abgeordnete und 150 Beschäftigte als auch – gemeinsam mit den Parlamentarischen Geschäftsführern der anderen Fraktionen – für den reibungslosen Ablauf des Parlamentsbetriebs.

Petra Sitte ist eine leidenschaftliche, aber keine fanatische Fahrradfahrerin. In diesem Metier kennt sie sich bestens aus, aber ohne den Blick auf andere Seiten des Lebens zu verlieren. Und so absolvierte sie im vorigen Jahr ein Praktikum nicht etwa in einem Zweiradsalon, sondern bei der Hallenser Sprint-Tankstelle in der Salzmünder Straße.

## Gerechtigkeit für alle

Birke Bull-Bischoff, 54, kandidiert im Wahlkreis 73 – Burgenland-Saalekreis und auf Platz 3 der Landesliste

Zum Ausgleich von der Politik liest Birke Bull-Bischoff gern Krimis von Donna Leon. Die bieten bekanntlich Spannung sowie italienisches Lebensgefühl mit Wein als Kulturgut. Dazu passt gut, dass ihr Wahlkreis die schöne Weinanbauregion an Saale und Unstrut umfasst. Im Burgenlandkreis ist **Birke Bull-Bischoff auch geboren, nach vielen Jahren Landespolitik kehrt sie politisch also in die Heimatregion zurück.** Und dort liegen Schönheit und Probleme dicht an dicht, so reizvoll die Landschaft, so schwierig sind Leerstand und Kaufkraftverlust in den Kleinen und Mittelstädten. Die Sozial- und Bildungspolitikerin kennt die Auswirkungen, die das Abgehängtsein ganzer Regionen auf die Menschen hat. Ne-



ben dem wirtschaftlichen Mangel wächst auch Abgrenzung und Abschottung, oft gerade da, wo Not gar nicht herrscht. Birke Bull-Bischoff hat hier eine ganz klare Linie: Gerechtigkeit ist nur dann eine wirkliche, wenn sie für alle gilt.

## Der Wahlkampfleiter

Matthias Höhn, 42, kandidiert im Wahlkreis 66 – Altmark und auf Platz 4 der Landesliste

Für Bundesgeschäftsführer gehört Souveränität zur Kernkompetenz. Matthias Höhn bringt so schnell nichts aus der Fassung, schon gar nicht im Fernsehen. Nach jeder großen Wahl treffen sich die Generalsekretäre der Parteien zur »Berliner Runde«. Inmitten bajuwarisch-schwarzer Rempelei oder sozialdemokratisch-grüner Tricks hält Matthias Höhn unbeirrbar den Kurs für DIE LINKE. **Das Land braucht mehr soziale Gerechtigkeit, und DIE LINKE will und kann genau das.** Darüber war er sich schon in jungen Jahren sicher: Mit 16 Parteieintritt, mit Mitte 20 Landespolitiker, mit 36 dazu Bundesgeschäftsführer.

Als Wahlkampfleiter hat er den bundesweiten Überblick – als Direktkandidat ist die Altmark

der Mittelpunkt des persönlichen Wahlkampfes. Wenn dann noch Zeit bleibt, geht's in den Schrebergarten. Dann taucht Matthias Höhn ab zwischen Kirsch- und Apfelbäumen, zwischen Minze und Ranunkeln. Und wenn's zu wild wächst, hält er wieder den Kurs.



Michael Breyer

## Mit Kinderarmut nicht abfinden

DIE LINKE fordert ein Umsteuern in der Familienförderung

Kinder sind unschuldig. Auch an den Umständen, unter denen sie leben. 72 000 Kinder, das sind über 24 Prozent aller Kinder in Sachsen-Anhalt, sind arm. Zwei Millionen Kinder und Jugendliche sind es bundesweit. Wird nichts

dagegen getan, ist der weitere Lebensweg für die meisten von ihnen vorgezeichnet. Damit findet sich DIE LINKE nicht ab. Nicht nur die bisherige Familienpolitik funktioniert weitgehend nach dem Motto: Wer schon hat, dem wird noch mehr gegeben. Kindergelderhöhung, Kinderzuschlag – die Vermögenden profitieren davon am meisten. Dagegen kommt bei Kindern in armen Familien sehr wenig an: Die Erhöhung von Kindergeld wird zu 100 Prozent auf Hartz IV angerechnet, Elterngeld ebenfalls, der Kinderzuschlag und das Bildungs- und Teilhabepaket sind weitgehend wirkungslose Bürokratiemonster.

DIE LINKE hat im Dezember 2016 ein bundesweites Netzwerk gegen Kinderarmut gegründet und

ist auch in Sachsen-Anhalt dazu aktiv. DIE LINKE fordert ein Umsteuern in der Familienförderung. **Die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen halten wir für ebenso notwendig wie Investitionen in Einrichtungen des Kinder- und Jugendschutzes.** Armut in einem reichen Land hat viele Gesichter, Verschweigen und Verharmlosen hilft den Kindern nicht weiter: Wir brauchen ein regelmäßiges Monitoring, das den Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern ermöglicht. Kostenfreiheit bei Betreuung, Bildung und kultureller Teilhabe wäre dazu ein wichtiges Zeichen, das Ja zu allen Kindern einer Gesellschaft sagt.



Istochphoto.com/Photo 123

## Ihre Zweitstimme macht DIE LINKE stark!

Unsere Direktkandidierenden in den Wahlkreisen geben linker Politik vor Ort ein Gesicht. Sie engagieren sich für eine demokratischere, friedlichere und vor allem gerechtere Gesellschaft. Gleichzeitig sind sie direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und so wichtiges Bindeglied. Wir sind uns sicher: Sie haben Ihr Vertrauen verdient. Dennoch: Ihre Zweitstimme entscheidet! Sie entscheidet, wie groß der Balken einer Partei am Wahlabend wird. Sie entscheidet, mit wie vielen Sitzen eine Partei im Parlament vertreten ist. Wenn Sie eine starke LINKE im Bundestag wollen, dann geben Sie uns Ihre Zweitstimme. Und Ihre Erststimme am besten unseren sympathischen Direktkandidierenden. Denn Sie wissen ja: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

# Respekt und Eigenständigkeit

Eva von Angern, 41, kandidiert im Wahlkreis 69 – Magdeburg und auf Platz 5 der Landesliste

Als Juristin kennt sie Artikel 1 unseres Grundgesetzes genau. Als Politikerin weiß sie, dass die Würde eines Menschen eine Basis braucht. Mit Leidenschaft kämpft Eva von Angern dafür, Kindern und Jugendlichen die besten Startchancen für ein selbstbestimmtes und glückliches Leben zu sichern – die Landespolitikerin ist selbst Mutter von drei Kindern. Im Netzwerk gegen Kinderarmut arbeitet sie an der besseren Verknüpfung der Unterstützungsangebote für Kin-

der und Jugendliche: **Diese Gesellschaft soll generell Ja zu Kindern sagen.** Als Vorsitzende des Landesfrauenrates hat Eva von Angern einen weiten Blick – auf alles, was Frauen, Familien und Menschen stärken kann. Respekt, Eigenständigkeit und freie Entfaltung der Persönlichkeit ist das Credo von Eva von Angern, ob es um die Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft oder sexueller Orientierung geht. Denn: Die Würde des Menschen ist unantastbar.



Romy Weber

# Gegen soziale Ungleichheit

Jörg Schindler, 45, kandidiert im Wahlkreis 70 – Stadt Dessau-Wittenberg und auf Platz 6 der Landesliste

Recht haben und recht bekommen ist zweierlei. Jörg Schindler ist Rechtsanwalt in Wittenberg, Dessau-Roßlau und Berlin, und er ist spezialisiert auf Arbeits- und Sozialrecht. Gerade diejenigen, die sowieso schon wenig haben, sind besonders oft den Entscheidungen anderer über ihr Leben unterworfen. Seit 17 Jahren kennt Jörg Schindler die Sorgen und Nöte in der Region aus seiner Kreistagsarbeit in Wittenberg und aus den Erfahrungen seiner Mandanten. **»Wir brauchen eine Sozial-**

**politik, die Ungleichheit bekämpft und nicht Erwerbslose, Alleinerziehende oder Geringverdienende.«**

Jörg Schindler ist sich sicher: Ein funktionierender Sozialstaat, wie ihn DIE LINKE will, wäre nicht nur ein notwendiges Netz gegen den sozialen Absturz. Er würde zudem Perspektiven für den sozialen Aufstieg schaffen, Bildung und Qualifizierung ermöglichen, um Menschen aus dem Teufelskreis von Armut und Arbeitslosigkeit zu holen.



Andrea Lehmann



Rico Preuss

# Der Bitterfelder Weg

Jan Korte, 40, kandidiert im Wahlkreis 71 – Anhalt und auf Platz 2 der Landesliste

Als Jan Korte im Jahr 2005 für den Wahlkreis Anhalt zur Bundestagswahl antrat, gab es sicherlich nicht wenige, die den Kopf geschüttelt haben. Ein 28-Jähriger, geboren in Osnabrück, will im tiefen Osten, in Bitterfeld, Wolfen, Zerbst, Zörbig, Bernburg, Köthen, Staßfurt einen Blumentopf gewinnen? Das schafft der doch nie!

Jan Korte hat es geschafft und noch viel mehr gewonnen: Vertrauen, Zuneigung, Unterstützung, Aufmerksamkeit. Das alles ist ihm nicht zugeflogen, er hat sich darum bemüht. Er hat sich bemüht um die Menschen vor Ort, sich interessiert für ihre Sorgen, ihre Freuden, ihre Ängste und Nöte. Er hat zugehört, wo kaum jemand noch ein Ohr für sie hatte. Er hat geholfen, wo er helfen konnte. Und vor allem: Er hat die Menschen ernst genommen, ihnen Wertschätzung entgegengebracht, ihre Leistungen gewürdigt. Das war alles andere als selbstverständlich. Im Jahr 2009 konnte Jan Korte seinen Wahl-

kreis direkt gewinnen, da war er gerade mal 32 und erst seit vier Jahren in Anhalt-Bitterfeld unterwegs. Ein junger Westler, der sich für den Osten starkmacht, das ist schon etwas Besonderes. Aber Jan Korte tritt auch für ein anderes Europa ein. Kürzlich veröffentlichte er gemeinsam mit Gregor Gysi einen Artikel in der *Frankfurter Rundschau*. Europa, schreiben die beiden, sei von einem Kontinent, der mit den beiden verheerendsten Kriegen die Welt erschütterte, zu einem Kontinent geworden, in dem offene Grenzen, friedliches Miteinander und demokratische Grundrechte das Leben bestimmten. Die derzeitigen Entwicklungen aber erfüllten sie mit größter Sorge. Die Forderung von Gregor Gysi und Jan Korte lautet: **»Wir müssen Europa anders, besser, sozialer, menschlicher, demokratischer, friedlicher machen.«** Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender setzt sich der inzwischen 40-Jährige aktuell – abgeleitet aus der deutschen

Geschichte – für eine Verständigung mit Russland ein. Er kämpft dafür, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und anständige Renten bekommen, dass weniger Geld in Rüstung und mehr in Bildung gesteckt wird.

»Als ich 14 Jahre alt war, habe ich die wohl wichtigste Prüfung meines Lebens bestanden: die Angelprüfung«, sagt Jan Korte (lacht). Seitdem verbringt er einen großen Teil seiner Freizeit an den unterschiedlichsten Gewässern zwischen Sachsen-Anhalt und Dänemark. Gerade erst hat er seine Mitgliedschaft im Anglerverein Bitterfeld verlängert, in dem er seit vielen Jahren aktiv und hoch anerkannt ist. Angler zeichnen sich in der Regel durch große Ruhe, Gelassenheit und Geduld aus. Und sie lassen sich durch Misserfolge nicht entmutigen. Wenn man heute nichts fängt, klappt es eben beim nächsten Mal. Einen solchen pragmatischen Grundoptimismus wünschte man sich viel häufiger in der Politik.

# Für soziale Belange

Evelyn Edler, 36, kandidiert im Wahlkreis 68 – Harz und auf Platz 7 der Landesliste

Sie kennt den Harz, der Harz kennt sie. Wenn sie ihn nicht gerade erwandert oder am Huy-Burgen-Lauf teilnimmt, ist Evelyn Edler zur öffentlichen Bürgersprechstunde auf einem der vielen Wochenmärkte anzutreffen. Immer ein offenes Ohr für die Belange aller statt Politik in Hinterzimmern, dafür ist sie in ihrem Wahlkreis bekannt. **Die Wernigeroder Stadträtin und Kreistagsabgeordnete weiß, dass die »große Politik« mit den kleinen Veränderungen vor Ort beginnt.** Sie mischt im politisch-kulturellen Vereinsleben in der Region mit, statt nur darauf zu warten, dass sich von allein etwas ändert. Im neuen Deutschen Bundestag will sie sich vor allem für soziale Belange, Bildungsge-

rechtigkeit und die glaubwürdige Vertretung ostdeutscher Interessen und insbesondere die der Rentnerinnen und Rentner einsetzen. Dafür will die diplomierte

Verwaltungsökonomin kämpfen, mit Leidenschaft für den Wahlkreis und immer an ihr Leitmotto denkend: Demokratie lebt von den Menschen, die sie gestalten.



Thomas Schatz

# Studium, Job, Politik

Pia Schillinger, 21, kandidiert auf Platz 8 der Landesliste

Mit einem Jurastudium sind die meisten gut ausgelastet. Pia Schillinger arbeitet noch nebenbei – Studierendenjobs, wie sie viele machen müssen. Eher selten ist da ihr weiteres Interesse an Kommunalpolitik – schon während des Abiturs wird sie zur Stadträtin in Landsberg gewählt. Pia Schillinger ist aus guten Gründen die Kandidatin des Jugendverbands der LINKEN für die Bundestagswahl. Sie engagiert sich in Flüchtlingsinitiativen oder bei antifaschistischen Blockaden wie am 1. Mai in Halle für Solidarität und gegen Ausgrenzung. Ihr gelingt es, Studium, Job und Politik unter einen Hut zu bringen. **Pia Schillinger hat Verantwortung übernom-**

**men, nicht nur für den eigenen Weg, sondern auch für das Gemeinwesen und für die Rechte junger Menschen:** Da-

mit noch mehr ihre Stimme für eine gerechtere, sozialere und demokratischere Gesellschaft erheben.



# Offenheit und Respekt

Gabriel Rücker, 24, kandidiert auf Platz 9 der Landesliste



**Füreinander da sein, Interesse haben, Respekt zeigen – diese Haltung leitet Gabriel Rücker durch alle seine Aktivitäten.** Wer Krankentransporte fährt, kennt sich

mit den Grenzbereichen aus, in die Menschen kommen können und in denen sie Hilfe brauchen. Dieses Engagement findet sich ebenso in der Freiwilligen Feuerwehr in Osterweddingen, in

der Gabriel Rücker seit vielen Jahren aktiv ist. Einen großen Teil seiner Zeit widmet er der Vorstandsarbeit im Lesben- und Schwulenverband des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Begegnungen dort haben ihn beeindruckt und geprägt, viele interessante Menschen treffen dort zusammen. Queere Menschen leben ihre Vielfalt und ihre Lebensfreude und berichten über die Kraft, die entsteht, wenn Vorurteile fallen. Gleichzeitig begegnet er bei dieser Arbeit auch Hass, Zurückweisung, Homophobie und Rassismus. Dagegen macht sich Gabriel Rücker gemeinsam mit anderen Engagierten stark. Mit Offenheit, mit Respekt füreinander und mit Beharrlichkeit.

# Echte Beteiligungsmöglichkeiten

Michael Ney, 48, kandidiert auf Platz 10 der Landesliste

Wenn es ein Thema gibt, das den roten Faden bei Michael Ney bildet, dann ist es das »Verstehenwollen« von Lebensentwürfen und Lebensläufen. So gehören Biografien zu seinem bevorzugten Lesestoff. Mit den Anfängen eines Lebens beschäftigt er sich beruflich – seit 20 Jahren arbeitet der Sozialökonom und Pädagoge mit Kindern und Jugendlichen. Sein besonderer Blick gilt der Unterstützung sozial benachteiligter Familien. Für den Praktiker steht fest: **Chancengleichheit entsteht nicht automatisch durch eine Festschreibung im Gesetz, sie erfordert den Zugang zu gleichen Lebenschancen und echte Beteiligungsmöglichkeit,** um damit auch unterschiedliche Start-

bedingungen ins Leben auszugleichen. Dass zu einer gelingenden Gesellschaft viele Lebensentwürfe dazugehören, ist für den begeisterten Jazzposaunisten eine Selbstverständ-

lichkeit. Einen stimmgewaltigen Chor machen eben die vielen unterschiedlichen Stimmen aus, die da zusammenkommen. Das gilt in der Musik ebenso wie in der Gesellschaft.



Friedlicher Protest der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE

# Ein Preis für den Frieden

Bürgerinitiative OFFENE HEIDE protestiert seit über 20 Jahren gegen militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide

Der erste Sonntag im Monat ist für die Bürgerinitiative OFFENE HEIDE ein fester Termin – einmal im Monat begeben sich die Aktivist:innen auf den Friedensweg durch die Colbitz-Letzlinger Heide. Seit 1993 protestieren sie gegen den Truppenübungsplatz der Bundeswehr, auf dem jährlich bis zu 15 000 Soldat:innen und Soldaten für Krieg und Kampfeinsätze geschult werden. Mit ihren regelmäßigen Wanderungen nimmt die Bürgerinitiative die Heide im Norden Sachsen-Anhalts Stück für Stück symbolisch in Besitz und erfüllt sie einmal im Monat mit friedlichem Leben.

Für ihr Engagement wurde die Bürgerinitiative OFFENE HEIDE im vergangenen Jahr anlässlich des Weltfriedenstag mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. »Das ist nicht nur die hochverdiente Anerkennung eures großen, von kämpferischer Willensstärke und beeindruckender Energie geprägten Engagements für Frieden und gegen Krieg, das ist auch ein ganz wichtiges Signal in einer Welt, in der Krieg wieder zum Mittel der Politik geworden ist«, würdigte

Birke Bull-Bischoff, Vorsitzende des Landesverbands DIE LINKE Sachsen-Anhalt den friedlichen Protest der Bürgerinitiative. **»In einer Zeit, in der sich viele Menschen ohnmächtig fühlen, und in dem Gefühl, sie könnten ohnehin nichts ausrichten, resigniert von der Politik abgewendet haben, zeigt ihr, wie wichtig, richtig und auch lohnenswert es ist, sich einzusetzen,** nicht zu schweigen, sondern zu handeln und ein Thema immer wieder auf die Tagesordnung zu bringen.«

Mit dem Aachener Friedenspreis werden Frauen, Männer und Gruppen gewürdigt, die durch Gerechtigkeitsinn, Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft, durch Gewaltlosigkeit, Zivilcourage, Tatkraft, Sachlichkeit und Herz von unten her Frieden stiften. Jedes einzelne dieser Attribute treffe auf die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE zu, so Birke Bull-Bischoff. »Hinzu kommen: Beharrlichkeit, Durchhaltevermögen und Zusammenhalt. Auch davon besitzt ihr mehr als genug. Habt Dank!«

## Unsere Landesliste

### 1 Petra Sitte

Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Wahlkreis Halle

### 2 Jan Korte

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, Wahlkreis Anhalt

### 3 Birke Bull-Bischoff

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Wahlkreis Burgenland-Saalekreis

### 4 Matthias Höhn

Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Wahlkreis Altmark

### 5 Eva von Angern

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Wahlkreis Magdeburg

### 6 Jörg Schindler

Stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN, Wahlkreis Dessau-Wittenberg

### 7 Evelyn Edler

Stadträtin in Wernigerode, Wahlkreis Harz

### 8 Pia Schillinger

Stadträtin in Landsberg, Kandidatin des Jugendverbands

### 9 Gabriel Rücker

10 Michael Ney



## Für Chancengleichheit

Kerstin Auerbach, 48, kandidiert im Wahlkreis 67 – Börde-Jerichower Land

Als Lehrerin an einer Förderschule ist Kerstin Auerbach jeden Tag mit Fragen nach Zugehörigkeit und Zusammenhalt konfrontiert. Dort heißt es, die unterschiedlichsten Voraussetzungen zu akzeptieren, voneinander zu lernen, Isolation zu überwinden, Kinder und Jugendliche stark zu machen. **Für gute Bildungs- und Freizeitangebote, Chancengleichheit und gelingende Integration setzt sie sich auch im Ehrenamt ein**, als Kreis- und Stadträtin in Burg, als Engagierte bei der Begegnung mit

Geflüchteten. Die ehemalige Kanutin weiß, dass gemeinsamer Sport Barrieren überwinden kann. Auch im Wahlkampf findet man sie nicht nur am Infostand – es geht ins Schwimmbad oder auf den Fußballplatz. Zum Thema wird damit auch der Erhalt von Sportstätten und anderen kulturellen Einrichtungen im Jerichower Land, die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit und der Zusammenhalt in ländlichen Regionen. Dafür macht sich Kerstin Auerbach stark – sie weiß, wie viel man gemeinsam erreichen kann.

## Multiplikator in der Region

Alexander Sorge, 40, kandidiert im Wahlkreis 74 – Mansfeld

Hauptberuflich ist Alexander Sorge Kommunikationsdesigner. Das bedeutet viel Zeit an großen Bildschirmen verbringen, viele E-Mails, viele Telefonate. Am allerliebsten arbeitet er aber an seiner Druckmaschine aus dem Jahr 1957. Im umgebauten Bauernhof steht das Ungetüm, nebst alter Setzkästen und Bleibuchstaben. Das was am Computer in Sekundenschnelle verändert werden kann, will im Bleisatz mit Bedacht geschehen. Das alte Druckverfahren zwingt in ein anderes Tempo, zu Sorgfalt und zu Klarheit. Diese Maximen sind auch im Politischen wichtig für Alexander Sorge; für Schein-

debatten und populistische Schnellschüsse steht der Kommunalpolitiker nicht zur Verfügung. **Er ist ein Multiplikator in der Region und setzt seine Kraft ein für ein verständnisvolles Miteinander.** Das bedeutet Wertschätzung für Zuzuwandernde und Einheimische, für Jung und Alt. Der Vater von drei Kindern hat viel dafür getan, dass es in Bad Lauchstädt einen Kinder- und Jugendrat gibt, der dem Stadtrat Empfehlungen aussprechen kann. Alexander Sorge ist sich bewusst, dass politisches Engagement bereits im Jugendalter befördert werden kann.



# »Wir brauchen einen gemeinsamen Entwurf«

Interview mit Thomas Kliche, Professor für Bildungsmanagement an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Sein Schwerpunkt ist Politische Psychologie.

**Europa driftet nach rechts, der Terrorismus wird mehr und mehr zur Bedrohung, die Kriegsgefahr ist wieder gestiegen. Sie diagnostizieren einen »Globalisierungsschock«. Was ist darunter zu verstehen und vor allem, welche Mittel gibt es gegen diesen Schockzustand?**

*Im Jahr 2015 sind wir von internationalen Ereignissen überrollt worden – Griechenland-Kredite, Terror, TTIP, Umweltgipfel, Fluchtbewegungen. Ein Staat ist offenkundig nicht mehr stark genug, um Krisen zu regeln. Wir brauchen eine solidarische und nachhaltige Weltordnung, sonst treiben wir auf Katastrophen zu. Wir müssen also vieles in unserer Gesellschaft grundlegend ändern und international handlungsfähige Steuerungsorgane schaffen. Wir haben derzeit die Wahl zwischen drei politischen Wegen: Erstens Abgrenzung und Ausgrenzung mit Mauern und Menschenfeindlichkeit und rückwärtsgerichtetem Reinheitsfantasien über Identität und Leitkultur. Das ist der Populismus. Zweitens Weiterbasteln und sehen, wie lange man die Maschine am Laufen halten kann. Das ist Merkel. Drittens ein Umbau hin zu Solidarität und Nachhaltigkeit, und das erfordert innergesellschaftlichen und internationalen Ausgleich sowie internationale Akteure. Wir sehen, für diesen dritten Weg haben wir ein paar Akteure, aber die sind meist verzagt, und es gibt kaum Entwürfe außer dem, was DIE LINKE entwickelt hat. Aber wir brauchen einen gemeinsamen Entwurf, der auch Sozialdemokratie und Grüne und Piraten und die Millionen Hilfsbereiter zusammenführt und den Menschen den neuen Weg weist. Erst dann wird der Spuk des Populismus verfliegen.*

**In Deutschland, in Europa, in der Welt gewinnen Populisten an Einfluss.**

**Warum werden sie gewählt?** *Da gibt es mehrere Strömungen, die sich aus unterschiedlichen Gefühlen speisen: Erstens die Rechtsextremen, die haben jetzt eine aussichtsreiche Plattform. Zweitens konservative Menschen, denen die Sozial- und Familienpolitik der letzten Jahre zu offen war und die sich sehr klare Geschlechterrollen und Familienbilder zurückwünschen. Drittens Entfremdete, die den ganzen krisenhaften wirtschaftlichen und politischen Wandel nicht verstehen und wieder in eine überschaubare Welt mit einem Drinnen und Draußen und einem starken, gestaltungsfähigen Staat wollen. Und viertens Menschen, die über die wirtschaftliche Misere in ihrem*



*Leben und ihrer Zukunft so verzweifelt sind, dass ihnen alles besser scheint als das, was der Fall ist. Alle zusammen bekommen dann ein Gefühlspaket geliefert: Schuldige, denen man Wut und Verzweiflung anlasten darf – Minderheiten, Migranten, Politiker. Das Niederträchtige daran ist, dass ja wirklich viel an der Politik geändert werden muss, aber der Populismus lockt die Menschen in absurde Hoffnungen und Sackgassen.*

**Viele Menschen, die heute rechtspopulistische Parteien wählen, haben früher gar nicht gewählt. Tut das der Demokratie gut?**

*Demokratie ist, was wir alle daraus machen. Noch ist also nichts entschieden. Aber wenn man genauer hinsieht, ist der Populismus überraschend unpolitisch. Politik bedeutet ja, ich hab eine Idee für ein gutes Zusammenleben und entwickle die mit anderen Menschen weiter, wir setzen uns mit anderen auseinander, wir finden Verbündete, und zusammen verbessern wir die Welt. Populismus bedeutet, man muss es denen da oben mal zeigen, ansonsten braucht man sich nicht mit Gesellschaft zu befassen, schon gar nicht mit Tatsachen – für die Wahrheit reichen ein paar Internetfreunde. Wir erleben also eine große gefühlsgestützte Mobilisierung, aber keine Politisierung.*

**Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind zunehmend Beschimpfungen, Beleidigungen, Bedrohungen ausgesetzt. Der bekannteste Fall in Sachsen-Anhalt ist sicherlich der des ehemaligen Bürgermeisters von Tröglitz, der deshalb zurückgetreten ist. Der Hass gegen »die Politik da oben« ist vor Ort angekommen.**

*Da haben sich grausige Fehlvorstellungen von Demokratie festgefressen. So wie man denkt*

*und fühlt, so soll auch gleich die Politik sein – ohne viel Gerede und Kompromisse. Wir haben in unseren Forschungsdaten aber auch noch etwas anderes gefunden: Politik fängt für viele inzwischen direkt vor der Haustür oder vor dem Gartenzaun an. Da sind die Parteien, die sind schon mal ganz verdächtig, und irgendwelche Leute betreiben ihre Machenschaften. Also eine ganz tiefe Entfremdung von der ganzen Gesellschaft. Entfremdete Menschen sind sich im Dagegen sein leicht einig, den Staat und die Politik und überhaupt alles schlecht zu finden.*

**Die Zahl rechts motivierter Gewalttaten ist in Sachsen-Anhalt enorm gestiegen. Was heißt das für das Image des Bundeslandes, das um Investoren und gute Fachkräfte wirbt?**

*Menschen wollen in einem sicheren, freundlichen Umfeld leben, besonders für Berufsanfang und Familiengründung. Natürlich sind Rechte deshalb schlecht für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Sie zeigen nämlich, dass es eine Menge Mitläufer geben könnte, auf deren Einverständnis sie spekulieren. Sie sind ein Symptom für die Schwäche der Zivilgesellschaft. Und die wiederum ist wichtig für Offenheit, Innovation, sozialen Zusammenhalt. Es reicht also nicht, Nazis eklig zu finden und am Image zu polieren. Wir müssen unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten, zupacken. Rein in die Parteien, die Gewerkschaften, die Vereine und Verbände! Oder selbst was gründen!*

**Kontakt**  
DIE LINKE Sachsen-Anhalt  
Ebendorfer Straße 3  
39108 Magdeburg  
Telefon 03 91 / 732 48 41  
www.dielinke-lsa.de



# Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinlein

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

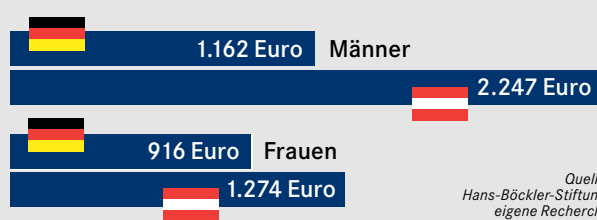
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

**Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich**  
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



## Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«  
**Bernd Riexinger,**  
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



## Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

## Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

**DIE LINKE will**

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



## Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

## Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

# Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«  
*Katja Kipping,  
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

### DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

# Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

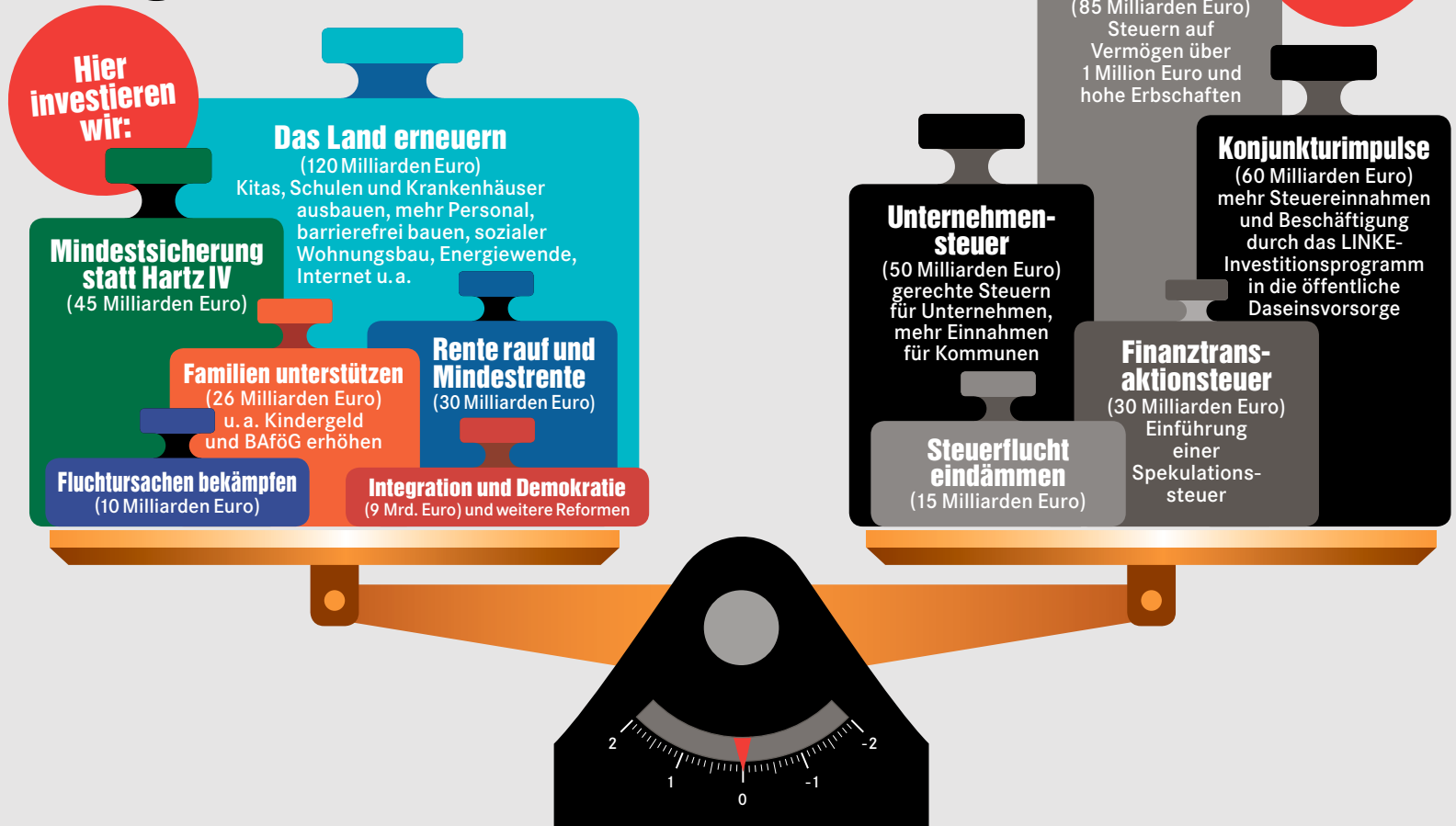
keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.



# So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



## Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



### Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



**Egreif Partei für eine bessere Zukunft!**  
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:  
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
linksaktiv@die-linke.de  
Telefon: 030/24009-111  
**www.linksaktiv.de**